

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 105 Pfg., durch die Post vierteljährlich 3.15 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Delfenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinstmögliche Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 2

Dienstag, den 6. Januar 1920.

20. Jahrgang

Die Entente fordert sofort 242 000 Tonnen Schwimmschiffmaterial.

Paris meldet aus Paris: Der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, hat am Dienstagabend eine weitere Unterredung mit Herrn von Versner über die Inkraftsetzung des Versailler Vertrages. Falls nicht Unvorhergesehenes eintritt, wird die Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunde am 6. Januar, 4 Uhr 30 Min. nachmittags, im Ministerium des Auswärtigen stattfinden. Als bald nach Unterzeichnung des Protokolls sehen die Alliierten der Lieferung des Materials entgegen, das unverzüglich abzutreten sich die Deutschen bereit erklärten, d. h. 192 000 Tonnen plus 50 000 Tonnen. Im übrigen wird das Material gemäß der an Ort und Stelle gemachten Feststellungen in Danzig, Hamburg und Bremen von der alliierten Sachverständigenkommission verlangt werden.

Das Gesetz für die Präsidentenwahl.

Der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten befindet sich bereits in Vorbereitung, vermutlich wird es gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über das Reichstagswahlrecht der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Bisher noch nicht entschieden ist die in der Vorlage zu regelnde Frage, ob die Wahl des Präsidenten auf Grund absoluter oder relativer Stimmenmehrheit erfolgen soll. Die Meinungen hierüber sind innerhalb der maßgebenden Faktoren noch sehr geteilt. Im Falle die Wahl auf Grund absoluter Stimmenmehrheit erfolgen sollte, so müsste jedenfalls auch eine Stichwahl in Betracht gezogen werden.

Dynamit-Attentat in Belgrad.

Prinzregent Alexander durch Dynamitattentat getötet.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Wien gemeldet: In Belgrad fand eine furchtbare Dynamitexplosion statt, deren Ursache einweisen unaufgeklärt ist. Der Prinzregent Alexander und 26 Personen wurden getötet und über 50 verwundet.



Kronprinz Alexander von Serbien

Prinz Alexander war das dritte Kind König Peters, der zweitälteste Sohn, geboren am 1. Dezember 1888 in Cetinje. Er trat an die Stelle seines älteren Bruders, des Prinzen Georg, dessen ungebändigte Lebensweise ihn schließlich selbst auf dem Balkan unmöglich machte. Prinz Alexander war dazu angetan, die Herrschaft im neuen Süd-Slawenreich zu übernehmen. Sein gewaltsamer Tod dürfte kaum ohne Zusammenstoß mit den politischen Ereignissen der Gegenwart sein.

Ratifizierung am 6. Januar.

Die deutsche Regierung zur Unterzeichnung bereit.

Die Verhandlungen, die der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherr v. Versner, mit dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Justizminister Dutasta, führt, um zu einer Einigung über das Protokoll zu gelangen, nehmen einen befriedigenden Verlauf und lassen eine Einigung in aller Kürze erwarten. Wie verlautet, sollen die Ratifikationsurkunden am 6. Januar, nachmittags 4 Uhr, am Quai d'Orsay ausgetauscht werden. Vom 7. oder 8. Januar ab, wenn der Friede wiederhergestellt ist, werden die französischen Diplomaten ihre Stellen wieder einnehmen. Für Berlin wird ein Geschäftsträger

ernannt werden. Die Truppen der Alliierten, die zur Befestigung der der Volksabstimmung unterworfenen Gebiete bestimmt sind, verlassen in ungefähr 100 Tagen Frankreich am 12. Januar. Das Inkrafttreten des Friedens ist also nur noch eine Frage von Tagen.

Ein Gegenprotokoll.

Das amtliche französische Nachrichtenbureau Havas meldet hierzu: Die Verhandlungen, die in Paris zwischen Deutschland und den alliierten Delegierten im Gange sind, haben soeben zu einer sehr ernsthaften Annäherung in zwei bisher strittigen Punkten geführt. Der Oberste Rat hat die Grundlagen der angenommenen Verständigung gebilligt. Man glaubt zu wissen, dass die Deutschen das Protokoll vom 1. November, betreffend die Nichtausführung gewisser Waffenstillstandsbedingungen und die Lieferung von Material als Ersatz für die bei Scapa Flow vernichteten Schiffe unterzeichnen werden, so wie es jetzt vorliegt. Anlässlich der Übergabe der Rote hat Dutasta dem Freiherrn v. Versner erklärt, die Alliierten wären gewillt, ihre Forderungen bis zu drei Viertel dessen zu ermäßigen, was sie schriftlich verlangt haben, ja sogar darüber hinaus. Die Deutschen verlangten und die Alliierten werden diesem Begehren entsprechen, dass dieses mündliche Versprechen in einem Schriftstück aufgenommen werde, das gleichzeitig mit der Ratifikationsurkunde ausgetauscht wird. Es ist anzunehmen, dass so ein völliges Einvernehmen erzielt werden wird. Die Zeremonien der Protokollunterzeichnung und des Austausches der Ratifikationsurkunden werden am 6. oder 7. Januar stattfinden, so dass nach Wiederherstellung des Friedenszustandes die französischen diplomatischen Vertreter ihre Posten in Deutschland antreten könnten.

Eine reine Formfrage.

Im „Journal“ schreibt der französische Senator Saint-Brise, der Montag sei entscheidend für die Regelung der letzten Schwierigkeiten gewesen, die das Inkrafttreten des Friedensvertrages verhindern. Freiherr v. Versner habe Montag nachmittags mit Generalsekretär Dutasta eine Unterredung gehabt. Am 22. Dezember habe Dutasta erklärt, dass, trotzdem man auf Unterzeichnung des Protokolls mit der Verpflichtung, 400 000 Tonnen Hafenmaterial zu liefern, bestehen werde, die Alliierten bereit seien, sich mit dem von den deutschen Sachverständigen angebotenen Hafenmaterial zufrieden zu geben und dass man sogar bereit sei, Fristen für die Lieferung zu bewilligen, wenn die alliierte Sachverständigenkommission die Möglichkeit der von Deutschland gelieferten Statistiken anerkenne. Die deutsche Regierung habe sich bereit, die Abwendung dieser Kommission, die London am 27. Dezember verlassen habe, zu verlangen. Hierdurch sei die ganze Frage zu einer reinen Formfrage geworden.

Die englische Untersuchungskommission in Hamburg.

Auf Veranlassung des Obersten Rates ist eine britische Kommission, bestehend aus Kapitan Portenham von der königlichen Marine und zwei anderen Offizieren mit einem britischen Juristen am 31. Dezember in Hamburg eingetroffen, um Einzelheiten über Schwimmschiffe, Kräne und anderes schwimmendes Material in deutschen Häfen festzustellen.

Frankreich, der deutsche Bankier.

220 Milliarden französische Kriegsausgaben.

In seiner Rede, die der französische Finanzminister Klotz zur Begründung der Anleiheprojekte in der Kammer hielt, legte er die Gründe dar, die eine Umgestaltung der Finanzpolitik notwendig machten. Die Ausgaben während des Krieges beliefen sich auf 220 Milliarden. Sechs Prozent der bewilligten Ausgaben seien nicht aufgebracht. Die Regierung habe die neuen Steuern nicht vor der Befreiung des Landes einbringen wollen. Die Einkommen hätten zur Besteuerung noch nicht erfasst werden können. Aus dem Einkommen könnten 1486 Millionen, aus Verbrauchssteuern 1512 Millionen herausgebracht werden.

Der Finanzminister sagte, man müsse in Zukunft mit Ausgaben rechnen, die später von Deutschland zurückverlangt werden müssten. Die Schuld Deutschlands an Frankreich nach dem Friedensvertrag schätzte der Finanzminister auf 200 Milliarden. Für die ersten Jahre müsse Frankreich die Kosten für die Wiederherstellung, die der Feind durchzuführen habe, tragen. Der Sieger müsse also der Bankier des Besiegten sein; das tue Frankreich schon jetzt, es habe an Stelle des besiegten Feindes mehr als 25 Milliarden vorgeschossen, darunter zehn Milliarden für Kriegsschäden und eine Milliarde für Pensionen.

Zahlreiche Staaten erkannten auch die Notwendigkeit an, eine Finanzgesellschaft der Nationen zu bilden. Die Kurstriefe sei weniger auf die Spekulation, als auf das Mithalten des nationalen Pro-

duktes und Konsumtion zurückzuführen. Das liege daran, dass der Export Frankreichs einen ungeheuren Fehlbetrag aufweise und dass die Käufe im Ausland ganz erheblich gestiegen seien. Für das Jahr 1919 betrage das Defizit des wirtschaftlichen Gleichgewichts ungefähr 25 Milliarden. Die Regierung werde namentlich den Ankauf von Material und Maschinen nach den Ländern lenken, die einen für Frankreich günstigen Wechselkurs hätten, also nach Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei. Es habe gar keinen Sinn, von England und Amerika zu ungeheuren Preisen Maschinen kommen zu lassen, die meist in Deutschland gekauft seien. Es sei auch notwendig, die unnötige Einfuhr von Luxusprodukten mit einer besonderen Steuer zu belegen. Im Augenblick wolle niemand etwas entdecken, der Konsum in Luxusartikeln, in Pelzwaren, Parfums und Blumen erreiche eine phantastische Zahl. Nur die Rückkehr zur Einfachheit und zur Arbeit könne es dahin bringen, dass der Wechselkurs sich bessere und die Lebensenergie ein Ende nehme.

Ein Antrag, der gegen die Steuerfreiheit der Renten gerichtet war, wurde abgelehnt. Schließlich wurde das gesamte Anleiheprojekt mit 491 gegen 64 Stimmen angenommen.

Eupen-Malmedy.

Deutschland besteht auf der Einsetzung einer Völkerbundskommission.

Die nichtsagende Antwort der Alliierten auf die deutschen Beschwerden bezüglich der Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy hat die Reichsregierung erneut veranlasst, auf die Rufen und Unklarheiten des Artikels 34 des Friedensvertrages über das Abstimmungsverfahren für Eupen und Malmedy hinzuweisen.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann von einer wirklich freien Abstimmung so lange nicht gesprochen werden, als den belgischen Behörden freie Hand gelassen wird. In ihrer Note vom 3. Oktober hatte die deutsche Regierung daher vorgeschlagen, eine vom Völkerbund ernannte Kommission zur Überwachung der Abstimmung einzusetzen. In der Antwortnote vom 10. November wird erklärt, dieser Zustimmung werde Genüge geleistet, wenn Belgien das Ergebnis der Abstimmung dem Völkerbund unterbreite und seine Entscheidung abwarte. Der deutschen Regierung erscheint diese Auslegung als eine Einschränkung der früheren Zustimmung. Sie vermag ferner nicht zu ersehen, wie der Völkerbund, der in den Kreisen Eupen und Malmedy über keinerlei Organe verfügt und anscheinend auch nicht verfügen soll, in der Lage sein könnte, nachträglich festzustellen, ob und in welcher Weise eine unzulässige Beeinflussung der Bevölkerung stattgefunden hat.

Im Interesse der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy, die von ihrer heimatischen Regierung Schutz und Hilfe erwartet und in ihrer Übergroßen Mehrheit dem Anschluss an Belgien abgeneigt ist, kann sich die deutsche Regierung mit der Antwort der Alliierten nicht für befriedigt erklären. Sie hält es vielmehr für ihre Pflicht, auf ihre in der Note vom 3. Oktober gestellten Forderungen zurückzukommen und zu bitten, dass eine mit der Überwachung der Abstimmung beauftragte Kommission des Völkerbundes eingesetzt wird, und dass die Beschwerden gegen das Verhalten der belgischen Behörden alsbald abgestellt werden.

Die neuen Steuerlasten.

Einzelheiten aus dem Umsatzsteuergesetz.

Durch das am 1. Januar in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz ist der Kreis der Steuerpflichtigen im Vergleich zu der bisherigen Umsatzsteuer merklich größer geworden. Auch die freien Berufe sind von jetzt ab umsatzsteuerpflichtig.

Nach dem neuen Gesetz sind Umsätze unter 3000 Mark nicht mehr steuerfrei. Vergütungen und ähnliche Dienstleistungen, soweit die Kosten von den Krankenkassen zu erlassen sind, sind von der Steuerpflicht ausgenommen, ebenso die G. m. b. H., die den gleichen Zweck verfolgen, wie die Genossenschaften. Nach § 3 des Gesetzes sind auch die vom Reich, den Ländern und den Gemeindeverbänden unterhaltenen Nachschiffe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke umsatzsteuerfrei. Eine genaue Bestimmung des Begriffs Gemeinnützigkeit soll die Ausführungsverordnung bringen.

Das neue Umsatzsteuergesetz kennt keine Befreiung der Lebensmittel. Nur für die Dauer der Zwangsbewirtschaftung sollen die davon betroffenen Lebensmittel durch die Ausführungsbestimmungen eine Ausnahmsbehandlung erfahren. Den durch die Steuerlast belasteten, armen Kinderreichen Familien werden bei einem Einkommen unter 5000 Mark gewisse Vergünstigungen nach der Kinderzahl gewährt. Die Steuerbefreiung ist wesentlich erhöht worden. Statt 5 vom Tausend werden jetzt 1 1/2 vom

hundert erhoben, bei Zugusgegenständen statt 10 vom Hundert 15 vom Hundert. Neben diesen beiden Steuern werden erhobene Sondersteuern für Inzerate, Hotels, Gasthöfe und Zatterfalle. Die Art der Steuererhebung wird durch die Neuordnung geändert. Bisher war die Zugussteuer eine Kleinhandelssteuer, fortan ist sie im wesentlichen eine Herstellersteuer und nur dann eine Kleinhandelssteuer, wenn der Hersteller nicht zu fassen ist. Geblieben ist im neuen Gesetz die Unterscheidung zwischen Lieferung und Leistung, ferner die Schenkung des Auslandsverkehrs und die Befreiung des Privatverkehrs.

Eine Änderung gegenüber dem geltenden Gesetz bringt jedoch die Festsetzung der Steuerabschnitte. Nach dem alten Gesetz wurde die Zugussteuer monatlich festgesetzt nach dem neuen Gesetz vierteljährlich. Die nächste Zugussteuererklärung hat also zum 1. April 1926 zu erfolgen. Bei der Zugussteuer ist zu beachten, daß die Besteuerung sich ausschließlich auf hauswirtschaftlich Gegenstände bezieht. Freilich sind auch Arzneimittel, Verbandstoffe, Gegenstände der Kranken-, Säuglings-, Wochenbettspflege, Vorrichtungen zum Ausgleich körperlicher Gebrechen. Die erhöhte Steuerpflicht tritt nicht ein beim Gebrauch und Verbrauch in gewerblicher und beruflicher Tätigkeit.

Neu ist die gestaffelte Inzeratensteuer, die 10 Prozent beträgt bei Uebernahme von Anzeigen, soweit sie sich nicht auf öffentliche Wahlen beziehen. Hierzu gehören auch die Wahlaufrufe. Auch schriftstellerische Beiträge werden vom Gesetz erfasst, soweit sie nicht in den Rahmen des von der Einkommensteuer ergriffenen Einkommens fallen. In dem Augenblick, wo man weiß, daß man „nachhaltig“ Artikel schreiben wird, ist die Umsatzsteuerpflicht begründet.

Das neue Gesetz tritt in Kraft, wenn Einkommen und Leistung in die Zeit nach dem 1. Januar 1920 fallen. Vorauszahlungen für spätere Leistungen betreffen nur dann von der neuen Steuer, wenn in der betreffenden Branche und bei den in Betracht kommenden Persönlichkeiten derartige Vorauszahlungen üblich sind. Ueber die Liste der steuerpflichtigen Gegenstände (§ 15 und § 21) werden die Ausführungsbestimmungen nach eingehenden Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Kreisen abgefaßt werden.

Zwei neue Reichsteuern.

Das Reichskabinett hat zwei neuen Steuervorlagen zugestimmt. Die eine enthält die „Körperschaftsteuer“, die andere die „Ergänzungssteuer“ zur Reichseinkommensteuer. Die erste Vorlage bringt die Besteuerung aller Körperschaften sowohl derjenigen, deren Tätigkeit auf einen Erwerb abzielt, wie auch der Nicht-Erwerbstätigen. In der letzten Kategorie fällt dann die sogenannte tote Hand. Der Steuerjahr wird für die Nicht-Erwerbstätigen mit 10 v. H. des Einkommens vorgeschlagen, für die anderen gestaffelt zwischen 10 und 30 v. H. Das Ergänzungsteuergesetz enthält auch die sogenannte Aufwandssteuer, die den übermäßigen Aufwand treffen soll.

Verkürzung der Pensionen.

Die Nebeneinkünfte sollen in Beziehung zu der Pension gebracht werden.

Bei der Suche nach neuen Steuerquellen ist man auch auf die Idee gekommen, die Pensionen der in den Ruhestand getretenen Beamten und Offiziere zu verkürzen für den Fall, daß Nebeneinkünfte vorhanden sind. In den Reihen der Pensionäre ist dadurch eine gewisse Unruhe eingetreten.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ jetzt mitteilt, trifft es tatsächlich zu, daß man im Reichsfinanzministerium daran arbeitet, gewisse Nebeneinkünfte in Beziehung zu der gezahlten Pension zu bringen, zumal in vielen Fällen die Pension weit geringer ist, als die sonstigen Einnahmen. Es wird sich nicht umsetzen lassen, daß auch kleinere Nebeneinkommen in eine gewisse Relation zur Pension gebracht werden, aber in solchen Fällen will man sich mit einem ganz minimalen Abzug begnügen.

Hiermit wird also amtlich bestätigt, daß selbst bei kleineren Nebeneinkommen noch ein allerdings nur minimaler Abzug gemacht werden soll. Bei größeren Nebeneinkommen ist demnach an größere Abzüge von den Pensionen gedacht. So verlohnt eine Verkürzung der Pensionen für das Reich in finanzieller Hinsicht sein mag, so darf man doch nicht vergessen, daß es sich bei den Pensionen um wohl-erworbene Rechte handelt. Selbst wenn im einzelnen Fall ein Pensionär das Glück haben sollte, eine neue gut bezahlte Stellung zu finden, so wäre es nach Ansicht des „Berliner Tageblattes“ anstößig, wenn ihm das Reich deshalb seine Pension vorenthalten sollte. Damit scheint sich aber der Reichsfinanzminister nicht begnügen zu wollen, da auch für kleinere Nebeneinkommen ein Abzug in Aussicht gestellt wird. Das wäre gar nichts anderes als eine Sonderbesteuerung der Pensionäre, die denn doch wohl mit der steuerlichen Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen wäre.

Das Bayernwerk.

Das Bayernwerk hat den Zweck, die großen Wasserkraften im südlichen Bayern, insbesondere die speicherkraftige Kraft des Walchensees, über das ganze Land zu verteilen und dadurch in dem an Wasserkräften armen Norden Bayerns möglichst an Kohlen zu sparen.

Die im nördlichen Bayern befindlichen Dampf-anlagen würden, soweit sie mit billigen Kohlen betrieben werden können, zur Ergänzung der Wasserkraften in den Hauptbelastungszeiten sowie bei Eisgang und dergleichen herangezogen.

Uebersichtsplan des Bayernwerkes.



Die Wasserkraft des Walchensees kann im Jahresdurchschnitt 25 000 Pferdestärken leisten mit Hilfe des im Walchensee aufgespeicherten Wassers ist es möglich, mit den aufzustellenden Maschinen eine stundenweise Steigerung (Spitzenleistung) bis zu 144 000 Pferdestärken zu erreichen, wovon 96 000 Pferdestärken für die allgemeine Landesversorgung und 48 000 Pferdestärken für Bahnzwecke dienen. Weitere 200 000 Pferdestärken an Wasserkraften sind teils in bereits ausgebauten Werken vorhanden, teils für den Ausbau in den folgenden Jahren reserviert.

Das zur Stromübertragung dienende Leitungssystem, welches ganz Bayern durchzieht, wird mit einer Spannung von 100 000 Volt betrieben und erhält eine Gesamtlänge von über 1000 Kilometer.

Stellungen dienen Aluminiumbleche von Kupferstange von 120 Quadratmillimeter Querschnitt, welche auf etwa 25 Meter hohen eisernen Gittermasten mit Hängeisolatoren befestigt werden.

An dieses Hochspannungsnetz sind an etwa 12 Punkten wie München, Nürnberg usw. Haupttransmissionsstationen angeschlossen, in welchen der elektrische Strom zunächst von 100 000 Volt auf etwa 25 000—50 000 Volt umgewandelt wird.

Mit dieser niedrigeren Spannung wird die Elektrizität in den Provinzen verteilt und sodann in den einzelnen Orten und Gemeinden durch nochmalige Transformierung auf die Spannung gebracht, mit der die Stromversorgung der Gemeinden oder Einzelabnehmer erfolgt.

Der Stromkonsum ist für das gesamte rechtsrheinische Bayern zunächst mit 1 Milliarde Kilowattstunden oder 1 1/2 Milliarden Pferdestärkестunden im Jahr vorgesehen.

Die Anlagelkosten des Walchenseewerkes waren im Jahre 1918 auf Grund von Verträgen und Offerten mit 18 Millionen Mark, das Leitungsnetz des Bayernwerkes mit Haupttransformatoren auf 45 Millionen Mark berechnet. Durch eingehende Vergleichsrechnungen wurde nachgewiesen, daß durch den Zusammenschluß der bisher für die einzelnen Stromgebiete getrennt arbeitenden Wasserkraften und Dampfkräften durch die hierdurch ermöglichte bessere Ausnutzung der Maschinen, sowie durch die Verminderung des Kohlenbedarfes in dem berechneten Ausbau eine Ersparnis von jährlich 7 Millionen Mark erzielt wird.

Eine rasche Ausführung des Unternehmens in der jetzigen Zeit liegt im Interesse des ganzen Landes und es wurde deshalb mit den Bauarbeiten am Walchenseewerk am 1. Dezember vorigen Jahres, also bereits wenige Tage nach der Revolution, begonnen und die Arbeiten schreiten trotz der ungeheuren Schwierigkeiten bezüglich Beschaffung der Baumaterialien und Betriebsstoffe in zufriedenstellender Weise fort.

Beim Bayernwerk ist die generelle Trassierung der Hochspannungsleitungen in den wichtigsten Strecken bereits vollendet und es kann anfangs 1920 mit der Einzeltrassierung der Strecken und gleichzeitig mit dem Bau der Masten usw. begonnen werden.

Der ungehörigste Fortgang der Arbeiten kann die Wasserkraft des Walchensees in spätestens drei Jahren über das ganze Land verteilt sein. Das würde eine enorme Kohlenersparnis bedingen, und da die Kohle heute als Gegenwart für die vom Ausland zu beziehenden Nahrungsmittel dient, ist die Arbeit am Walchenseewerk und am Bayernwerk gleichbedeutend mit der Beschaffung von Nahrungsmitteln für das ganze Volk.

280 Millionen Kilo	Australien
190 Mill. Kg.	Argentinien
163 Mill. Kg.	Russland u. Sibirien
141 Mill. Kg.	Vereinigte Staaten
111 Mill. Kg.	Neu-Seeland
100 Mill. Kg.	England
560 Millionen Mark	England
286 Mill. Mark	Deutschland
250 Mill. Mark	Frankreich
63 Mill. Mark	Österreich-Ungarn
57 Mill. Mark	Belgien

Goldel e.

Roman von C. Marlitt.

(Nachdruck von ...)

„Und ist Herr von Walde mit der Baronin Vessen einverstanden?“ fragte Frau Herber.

„Nach allem, was ich in der Beziehung von ihm höre, wahrscheinlich nicht; aber was hilft das? Der durchdringt vielleicht im Augenblicke die Pyramiden, um Licht in die alten Zeiten zu bringen: daß seine Frau Cousine unterdes das anrührende Licht der Gegenwart nach Kränzen mit auszublasen sucht, das kann er ja nicht wissen. ... Er mag übrigens auch seinen ganz gehörigen Sparren haben. ... Der Herr von L., dem er sehr nahe steht, soll in früheren Jahren lebhaft eine Verbindung zwischen ihm und einer jungen Dame am Hofe gewünscht haben; er hat dem Vernehmen nach, die Heirat ausge schlagen, weil das Fräulein nicht die erforderliche Anzahl Ahnen besaß.“

„Nun, da kann es sich wohl ereignen, daß er einmalm eine schöne Geliebte findet, die ihre Ahnen noch unter den Mumien von Memphis suchen darf, als Herrin in das reizende Lindhof einführt?“ meinte lachend Elisabeth.

„Ich glaube überhaupt nicht, daß er sich noch verheiratet“, entgegnete der Oberförster. „Er ist nicht mehr ganz jung, hängt viel zu sehr am Wanderleben und soll sich auch im ganzen nie was aus Weibskleuten gemacht haben. Ich will gleich meinen kleinen Finger verweisen, daß der da drinnen mit dem Buche in der Hand diese meine Ansicht teilt und Lindhof und alle die anderen schönen Besitzungen in Sachsen und Gort weit und noch im innersten Schrein seiner Seele als unverlierbares Eigentum betrachtet.“

„Hat er Ansprüche daran?“ fragte Frau Herber.

„Freilich wohl. Er ist der Sohn der Baronin Vessen. Außer dieser Familie haben die Geschwister von Walde keine Verwandten in der ganzen Welt. Die Baronin war zuerst mit einem Herrn von Hoffeld verheiratet; aus dieser Ehe stammt der junge Mann da drinnen, der durch den frühen Tod seines Vaters Herr von Odenberg, einer großen Besitzung

jenseits L., geworden ist. Die schöne Witwe hat damals gemeint, sie müsse eiligst ihre Freiheit begehren; wenigstens noch eine Stufe auf der Leiter menschlicher Glückseligkeit und Vollkommenheit zu ersteigen: diese Staffel aber konnte natürlicherweise nur der Freiherrnrang sein, und deshalb wurde Frau von Hoffeld eines schönen Tages die Gemahlin des Barons Vessen. Sein Name war zwar etwas anrüchig, es liebten einige Tatsachen daran, die man in niedrigeren Kreisen Viehdürstlicher Weise unehrenhaft nennt, aber das schabete nichts, er war ja auch Kammerherr, der Schlüssel am Rockknopf schloß das Hofparadies auf.“

Der Baron machte übrigens nach zehnjähriger Ehe seine Gemahlin abermals zur Witwe und hinterließ ihr, außer einer kleinen Tochter, eine enorme Schuldenlast. Es mag ihr nun freilich gefallen, in Lindhof umherzuwandern, die Herrin spielen zu dürfen, denn wie ich höre, hat sie auf dem Gute ihres Sohnes weder sich noch Stimme.“

Pfingsten war vorüber. Die Glocken, die ehernen, hatten sich ins Stilleben zurückgezogen.

Toben im alten Schlosse Gnade herrschte ebenso nachhaltige Festtagsstimmung wie im Walde, obgleich Herber seine Geschäfte übernommen und außerdem die unvermeidlichen Antrittsbesuche in L. abzumachen hatte.

Frau Herber und Elisabeth hatten sich durch Sabine bedeutende Aufträge eines Weingeschäfts in L. zu verschaffen gewußt und waren nebenbei im Garten beschäftigt, der in diesem Jahre noch nach Kräften guten Ertrag bringen sollte.

Daß trotz dieser Mühseligkeit immer noch ein sonn-täglicher Hauch durch die Räume des Zwischenbaus wehte, lag in der gehobenen Stimmung der Familie selbst, die den Einfluß eines glücklichen Wendepunktes in ihrem Leben ungeschwächt empfand und sich jeden Augenblick angeregt fühlte, das Sonst mit dem Jetzt zu vergleichen; das Waldleben, so ungewohnt und neu, wirkte fast berauschend auf die Gemüter.

Die zärtlichen Eltern hatten Elisabeth das schönste Zimmer, dasjenige mit den Wandteppichen angewiesen, weil es eine prächtige Aussicht bot und gleich

bei der ersten Musterung des Zwischenbaues von dem jungen Mädchen für das hübscheste und gemütlichste erklärt worden war.

Die unheimliche Tür, die nach dem großen Flügel führte, hatte man wieder zugemauert; die hohen Eichenflügel mit den Messingschloßern und Ritzeln bedeckte das Mauerwerk und ließ nicht ahnen, daß jenseits die Wälder begann. Den Hintergrund des Zimmers füllte eines der neu hergerichteten Himmelbetten aus; in der Nähe des Fensters befand sich der altertümliche Schreibtisch.

Am folgenden Tag, es war der Pfingstabend, fuhr Herber mit dem Oberförster nach der Stadt und als er gegen Abend zurückkehrte, kam er nicht durch das Mauerwerk. Das große Tor wurde geöffnet, und vier starke Männer trugen einen großen, glänzenden Gegenstand durch die Mienen. Elisabeth stand gerade in der Nähe des Küchenschloßes und war — zum erstenmal in der neuen Wohnung — mit der Zubereitung des Abendbrot besetzt, als die Männer mit ihrer Last den Garten betraten.

Sie schrie laut auf; denn das war ja ein Klavier, ein schönes, tafelförmiges Instrument, das ohne weiteres in den Zwischenbau hineingetragen und oben in ihrem Zimmer unter Beethovens Wäse gestellt wurde. Elisabeth meinte und lachte in einem Atem und schlang jubelnd die Arme um den Hals des Vaters, der sein einziges kleines Vermögen — den Erlös aus den Wäben in L. — hingegeben hatte, um ihr das, was die Wonne ihres Lebens war, wieder zu verschaffen.

Der Oberförster war auch mitgekommen, denn er wollte Elisabeths Freude und Ueberraschung sehen. Er lehnte jetzt stumm an der Wand, als die wunderbaren Melodien unter den Fingern des jungen Mädchens hervoraustraten.

Als Elisabeth geendet, legte sie beide Hände über das Klavier, als wolle sie den neuen Besitz umarmen, und lächelte glücklich vor sich hin; der Oberförster aber näherte sich ihr leise, küßte sie auf die Stirn und ging schweigend hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau.

— Berlin, den 31. Dezember 1919.

— Kardinal Bertram ist von seiner Reise nach Wien wohlbehalten nach Breslau zurückgekehrt und bei seiner Ankunft feierlich empfangen worden.

— Der Reichsfinanzminister hat, wie halbamtlich berichtet wird, das Aufgeld für die Zollkassationsen in Papiergeld auf 900 Prozent festgelegt, mit Wirkung vom 1. bis 10. Januar 1920.

— Das „Hamburger Echo“ erzählt, daß die Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes von Groß-Hamburg und des Freihafengebietes verfügt habe. Die Verfügung werde wahrscheinlich Anfang Januar in Kraft treten.

— Die Verhandlungen mit dem Nuntius Pacelli. Beim preussischen Kultusminister haben in Gegenwart eines des Reichsfinanzministers, des preussischen Ministerpräsidenten und von Vertretern des auswärtigen Amtes sowie des Reichsministeriums des Innern Besprechungen mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli stattgefunden. In Bezug auf die wichtigste aktuelle Frage, die Neubefestigung des Kölner Erzbischofsitzes, hat sich der „Deutsche Allg. Zeitung“ zufolge eine höchst erfreuliche Übereinstimmung ergeben. Ferner ist es gelungen, sich über die Methode einig zu werden, nach der die Verhandlungen über die Neugestaltung des Kirchenrechts geführt werden sollen. Gemeinsam wurde von beiden Seiten dem Wunsch nach möglicher Beschleunigung dieser Verhandlungen Ausdruck gegeben, wie auch darüber Einigkeit herrschte, daß die Unterhandlungen von allen deutschen Bundesstaaten gemeinsam mit der Kurie geführt werden. Die hierzu nötigen Schritte sind bereits eingeleitet. — Der Nuntius reiste in Begleitung des preussischen Unterstaatssekretärs Wildermann nach Köln weiter.

— Die Festlegung der Abstammungsgebiete. Die alliierten Delegierten haben den deutschen Vertretern die Bedingungen zur Kenntnis gebracht, unter denen sich die Übertragung der Vollmachten in den dem Pöbelsitz unterstehenden Gebieten vollzieht. Die deutsche Delegation beschränkte sich auf bloße Kenntnisnahme. Eine Erörterung entspann sich nicht, eine solche wird sich indes in einer vorgelegenen späteren Konferenz ergeben. — In Obereschlesien sollen für den Postdienst besondere Freimarken geschaffen werden. Der Entwurf liegt schon vor. Die Marken tragen die Aufschrift: „Regierungskommission von Oberschlesien“.

— Ein polnisches Konsulat in Essen. Für die Polen im gesamten rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist ein polnisches Konsulat in Essen errichtet worden. Zum Konsul wurde Leon Barciszewski ernannt. Seine Befugnisse erstrecken sich auf unbesetzte Teile Westfalens und der Rheinprovinz. Der Bischof von Baderborn hat durch Dekret für die rheinisch-westfälischen Industriegebiete die Erteilung eines besonderen Kommunikationsunterrichts in polnischer Sprache an polnische Kinder gestattet. Voraussetzung ist vorherige Teilnahme an dem allgemeinen deutschen Religionsunterricht, ferner wird die Anwendung der polnischen Sprache bei kirchlichen Funktionen, Trauungen, Begräbnissen und Tausen gestattet.

— Amtsantritt des neuen Reichsgerichtspräsidenten. Die Verabschiedung des bisherigen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Frhrn. von Sedendorf und die Einführung des neuen Präsidenten Dr. Delbrück hat in feierlicher Weise in Anwesenheit der Mitglieder des Reichsgerichts, der Reichsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht und der Beamten stattgefunden. Nach der Abschiedsrede Sedendorfs dankte ihm Reichsjustizminister Dr. Schiffer für seine vorzügliche Amtsführung, überreichte eine Urkunde des Reichspräsidenten und führte Dr. Delbrück in sein Amt ein.

— Die Neuordnung der Amtsbezeichnungen. Das Reichskabinett hat sich mit der Frage der Amtsbezeichnung befaßt und sich dahin schlüssig gemacht, die Angelegenheit in der Befolgungsvorlage unter Neuordnung der Amtsbezeichnungen ihrer Lösung zuzuführen. Den Beamtenorganisationen wird Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage Stellung zu nehmen, um so mehr als sie bei den Beratungen zur Befolgungsvorlage aufs engste beteiligt sind.

— Gegen die Ablieferung von Getreide. Der Stadtrat von Nürnberg beschloß einstimmig, energigsten Einspruch gegen die neuen Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln zu erheben, da sie eine riesige Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel mit sich bringen und insbesondere eine katastrophale Wirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter, Angehörigen und Beamten bedingen, und des weiteren an die Reichsregierung das dringende Verlangen zu stellen, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an die Beschaffung der Mehl- und Kartoffelvorräte auf dem Lande herangehe.

— Zur Verurteilung des Industriellen Möhlting. Die Anklageschrift gegen die Brüder Möhlting, die 32 große Quarzwerke umfassen soll, wird unmittelbar nach Neujahr dem auswärtigen Amt zugänglich gemacht werden können. Die Abstellung des Amtes, der die Behandlung der Auslieferungsfragen obliegt, wird dann zu dem ganzen Fragen- und Tatsachenkomplex Stellung nehmen können. — Die Gebrüder Möhlting sind bekanntlich von einem französischen Gericht wegen angeblicher Verschleppung französischer Maschinen nach Deutschland zu je 10 Jahren Zuchthaus und 10 Millionen Franken Geldstrafe verurteilt worden.

Aus Stadt und Land.

— Die Grippe herrscht gegenwärtig in Berlin wieder in ungewöhnlich starker Ausdehnung. Glücklicherweise sind die Fälle in der überwiegenden Mehrzahl nur leicht. Das Fieber hält nur wenige Tage an, zeigt dafür aber die Neigung, im Anfang stark in die Höhe zu gehen, ohne dabei das Allgemeinbefinden allzu schwer in Mitleidenschaft zu ziehen. Komplikationen, insbesondere seitens der Lungen, gehören diesmal bisher zu den Seltenheiten, in erfreulichem Gegensatz zu der letzten Grippeepidemie, die bekanntlich ungewöhnlich schwere Formen aufwies.

— Die Hochwasserkatastrophe scheint noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die neuen Nachrichten einem erneuten Steigen des Oberrheins.

— Die Hochwasserkatastrophe scheint noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die neuen Nachrichten einem erneuten Steigen des Oberrheins.

Die grösseren Schiffskatastrophen der letzten 200 Jahre vor dem Kriege.

Englisches Kriegsschiff „Association“	1797	100 Opfer
„Royal George“	1782	300 „
„Queen Charlotte“	1800	700 „
„St. George“ und „Dorset“	1811	1400 „
Englisches Transportschiff „Birkenhead“	1852	160 „
Deutsches Dampfschiff „Amazona“	1881	145 „
Englisches Kriegsschiff „Captain“	1870	470 „
Deutscher Dampfer „Schiller“	1875	330 „
Englisches Kriegsschiff „Alice“	1878	650 „
Deutsches „Gross-Kurfürst“	1878	265 „
Englisches Dampfschiff „Victoria“	1881	700 „
Deutscher Dampfer „Glinde“	1883	171 „
Deutsches Kriegsschiff „Augusta“	1885	225 „
Norwegischer Dampfer „Uleap“	1881	575 „
Englisches Kriegsschiff „Victoria“	1893	400 „
Spanisches „Reina Regente“	1895	105 „
Deutscher Dampfer „Elbe“	1895	350 „
Englisches „Brunn-Giggle“	1895	215 „
Deutscher „Sallier“	1896	280 „
„Franz“	1898	570 „
„Boorgynna“	1898	710 „
Englisches „Camorta“	1902	710 „
Amerikan. „Bar-Slocum“	1904	1000 „
Japanisches Kriegsschiff „Mikasa“	1905	600 „
Norwegischer Dampfer „Morga“	1905	600 „
Italienischer „Sirio“	1906	365 „
Holländischer „Berlin“	1907	170 „
Engl. „Mimic“	1912	1800 „
Englisches „Empire-India“	1914	1650 „

Deutsche Schiffe sind durch Unterstreichen hervorgehoben.

Notizes.

— Die neue Bierversteuerung. Eine Erhöhung des Bierpreises ist in kürzester Zeit, vielleicht schon zum 1. Januar zu erwarten. Der bisherige, nach der räumlichen Ausdehnung der Herstellungsorte dreifach gestaffelte Preis von 39, 41,50 und 42 M. wird auf 61, 63 und 65 Mark für das Hektoliter erhöht werden. Diese Erhöhung ist das Ergebnis von Verhandlungen, die kürzlich unter Mitwirkung von Brauereiarbeitern im Reichswirtschaftsministerium stattfanden. Den Vertretern der Brauereindustrie gelang bei dieser Gelegenheit der Nachweis, daß infolge der gesteigerten Produktionskosten und der namentlich in den großen Städten ständig steigenden Lohnforderungen zahlreiche Betriebe tatsächlich mit Verlust arbeiteten. Durch Stichproben, die das Reichswirtschaftsministerium in einer Anzahl Brauereien vornehmen ließ, wurde festgestellt, daß von einer Rentabilität des Unternehmens keine Rede mehr sein könne. Eine Festsetzung des neuen Ausschankpreises auf Grund der neuen Brauereisätze konnte noch nicht erfolgen.

— Unterstützung der Angehörigen unserer Kriegsgefangenen. Die Reichsregierung hat sich mit der wirtschaftlichen Notlage der Angehörigen der Kriegsgefangenen befaßt. Das Ergebnis war, daß den unterstützten Angehörigen ein monatlicher Betrag von 200 Mark und der gleiche Betrag für jedes Kind durch Vermittlung der die Auszahlung der Familienunterstützung beorgenden Stellen gezahlt werden wird. Auch die sonstigen Angehörigen der Kriegsgefangenen sollen eine einmalige Beihilfe bis zum Betrage von 200 Mark erhalten, soweit sie nach den bestehenden Grundsätzen bereits die Familienunterstützung erhalten und demnach als bedürftig anzusehen sind. Die Auszahlung der Gelder wird sobald wie möglich erfolgen.

— Todesurteil gegen einen Schieber vollstreckt. Die aus Polen gemeldet wird, ist die für Schieber festgesetzte Todesstrafe soeben an dem Millionär Brodheim vollzogen worden. Er hatte drei für die polnische Armee bestimmte Güterwagen mit Nahrungsmitteln unterschlagen. Das Urteil ist durch Erschießen vollstreckt worden.

— Aufrechterhaltung des Personenverkehrs in Magdeburg. Zum Proteststreik der Eisenbahner ist zu berichten, daß es gelungen ist, den Eisenbahnverkehr aufrecht zu erhalten; nur die Zusammenstellung der Güterzüge war beeinträchtigt. Der Beamtenausschuß der Magdeburger Eisenbahndirektion hat, da der Streik politisch ausarte, eine Kundgebung erlassen, in welcher die Beamten aufgefordert werden, alle Arbeiten zu übernehmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind. — Die Eisenbahner haben, wie angekündigt, Mittwoch früh 9 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen. Wahrscheinlich wird sich Neues zu dem Auslande erst am 2. Januar ereignen. Die Abfertigung der Bälle erfolgt dem Fahrplan gemäß, auch der Güterzugverkehr ist wieder aufgenommen worden.

— Teufelweisse Eisenbahnstrecke in Bayern. Der Personenverkehr auf der Eisenbahn in Bayern wird für den Neujahrstag, den Tag der Heiligen Drei Könige (6. Januar) und die ersten beiden Sonntage im Januar (4. und 11.) vollständig eingestellt. Grund: Mangel an Kohlen.

Wetterbericht.

7.—8. Nachts Schneefall, darauf 11. bis, fast kein Sonnenschein, wiederholt Schneefall, die Kälte nimmt wieder zu.

Locales und Provinzielles.

— Der am 13. November mit 2114 Tsd. Paketen von New York nach Hamburg abgegangenen Dampfer „Kerwood“ der Kerr-Linie in New York ist am 1. Dezember auf der Höhe von Terschelling auf eine Mine gelaufen und gesunken. Schiff und Ladung gelten als verloren. Für die in Verlust geratenen Postpakete deren Zahl auf etwa 15000 geschätzt wird, leistet wieder die Deutsche Post die amerikanische Postverwaltung Ersatz.

— Stellungnahme der Bauernschaft gegenüber der Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Wie wir hören, ist die Bauernschaft bereit bei voller Wahrung ihres ablehnenden Standpunktes für sich und jedes ihrer Mitglieder, an den Vorarbeiten zur Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert mitzuarbeiten, wenn die mit der Logation der Grundstücke betraute Kommission zum mindesten zur Hälfte aus Landwirten, Gärtnereibesitzern bzw. Grund- und Gebäudebesitzern zusammen gesetzt wird und somit eine gerechte Bewertung der Grundstücke und Gelände in Aussicht gestellt wird.

Die Bauernschaft ist bereit bei Annahme dieses Vorschlaes Persönlichkeiten ihres Vertrauens namhaft zu machen.

— Eine Schießerei entstand am Sonntag Abend, die wenn auch g. fahrlos endete, doch aufregend wirkte. Auch die öffentlichen Tanzveranstaltungen kommen viele auswärtige Personen nach Bierstadt, die durch den reichlichen Alkoholgenuss und durch das anhaltende Drehen beim Tanzen, nicht immer friedlich auseinander gehen. Die Bieradler-Höhe konnte schon vor dem Kriege und kann auch heute wieder ein Red davon fügen.

— Kriegerwitwen sind nach dem Inhalt einer Veröffentlichung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, dem Bunde angeschlossen. Bekanntlich macht nur die Einklassifizierung, darum säume keine der verwitweten Kriegerfrauen sich in die Liste der oben erwähnten hiesigen Ortsgruppe, die in der Drogerie Arthur Lehmann, Wiesbade, erststraße 4 auf liegt, einzuzeichnen.

— Das neue 1920. Jahr der christlichen Zeitrechnung wird von Christi Geburt an gerechnet. Es ist ein Schaltjahr von 366 Tagen oder 52 Wochen und 2 Tagen und begann am Donnerstag, dem 1. Januar neuen Stils, welcher Tag dem 19. Dezember 1919 im alten Kalender entspricht. — Im alten Kalender beginnt das Jahr mit Mittwoch, dem 1. Januar, entsprechend dem 14. Januar im neuen Kalender. Der 31. Dezember 1920 alten Stils entspricht dann dem 13. Januar 1921 neuen Stils. Die griechische Kirche zählt ihre Jahre seit Erschaffung der Welt nach der byzantinischen Ära. Sie setzt die Epoche der Welterschöpfung auf den 1. September des Jahres 5509 vor Christi Geburt und rechnet ihr 7428. Jahr mit dem 1. September alten oder 14. September neuen Stils unseres 1919 Jahres. Die Russen zählen ihre Jahre nach der Ära bis zu Peter dem Großen. Seit dem Aufange des 18. Jahrhunderts bedienen sie sich unserer Jahreszahl, rechnen aber sonst noch nach dem alten (Julianischen) Kalender, wie er in der vergl. ichenden Zusammenstellung gegeben ist. — Die Juden zählen ihre Jahre seit Erschaffung der Welt. Sie beginnen ihr 5680. Jahr mit dem 25. September 1919. Es ist ein ordentliches Gemeinjahr von 354 Tagen. Am 13. September 1920 beginnt ihr 5681. Jahr, welches ein überzähliges Schaltjahr von 385 Tagen ist und mit dem 2. Oktober 1921 endet. — Die Araber, Perser, Türken und die anderen Bekenner des mohammedanischen Glaubens zählen ihre Jahre seit Mohammeds Auswanderung von Mekka nach Medina, welche von ihnen Hidschred genannt wird. Sie beginnen am 26. September 1919 ihr 1388. und am 15. September 1920 ihr 1389. Jahr, von denen keines ein Schaltjahr von 355 Tagen, letzteres ein Gemeinjahr von 354 Tagen ist.

Das Jahr 1920 ist nach Christi Tode	das 1887.
der Zerstörung Jerusalems	das 1850.
Einführung des gregorianischen Kalenders	das 338.
Einführung des verbesserten Kalenders	das 220.
Erfindung des Geschützes und Pulvers	das 540.
Erfindung der Buchdruckerkunst	das 480.
Entdeckung Amerikas	das 428.
der Reformation Dr. Martin Luthers	das 403.



„Singingverein Frohsinn“

— Bierstadt. —

Die Herren Sänger werden hiermit zu einer

Gesangsprobe

für heute Abend 8 Uhr in das Probefokal in der neuen Schule an der Adlerstr. höflich eingeladen. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bittet

Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung. Zu der von uns auf heute Dienstag, den 6. Januar 1920 nachmittags 7 Uhr, hier im Rathaus anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder

der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

- 1.) Besuch der Lehrerinnen Gropengießer und Höhn um Erhöhung der Datsulage.
- 2.) Beschlußfassung in Mietsache Frau/Gemeinde.
- 3.) Erhöhung der Tagelöhne für die Gemeinbediensteten.
- 4.) Besprechung bej. der Luftfahrtssteuer (Kartenssteuer)
- 5.) Neuwahl der Kommissionen.

Nach dem Beschluß des Landesausschusses vom 11. Dezember 1919 sind für das Rechnungsjahr 1919/20 von den beitragspflichtigen Tierbesitzern folgende Beiträge zu erheben:

- 1.) zum Pferdeentschädigungsfonds, aus welchem die Entschädigungen für tollwut, roß, wild und rinderseuche, und für milch- und rauschbrandkranke Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere geleistet werden, 1 Mk. für jedes dieser Tiere.
- 2.) zum Rindviehentschädigungsfonds, aus welchem die Entschädigungen für tollwut, maul und klauenseuche, wild- und rinderseuche, milch- und rauschbrandkranke und tuberkulöse Rindviehstücke und für milchbrandkranke Schafe geleistet werden, 80 Pfg. für jedes Stück Rindvieh. (Für Schafe werden besondere Beiträge nicht erhoben.)

Die Erhebung erfolgt auf Grund der als Sonderbeilage zum Amtsblatt der Regierung zu Wiesbaden vom 27. Juni 1912 und im Amtsblatt für den Stadtkreis Frankfurt a/M. von 1912 auf Seite 325 ff. veröffentlichten Viehseuchenentschädigungssatzung für den Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden und der in dem erstgenannten Amtsblatt von 1913 auf Seite 167 und in dem letztgenannten von 1913 auf Seite 184 veröffentlichten Vorschriften über die Anlegung und Fortführung der Viehbestandsverzeichnisse und über das Verfahren bei der Ausweisung und Erhebung der Beiträge zu den Viehseuchenentschädigungsfonds.

Die Offenlegung der Viehbestandsverzeichnisse erfolgt vom 4. bis 18. Januar 1920 auf der Bürgermeisterei hieselbst.

Den Viehbestandsverzeichnissen sind die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1919 zu Grunde gelegt. Als Termin zur Erhebung der Beiträge ist der 2. Februar 1920 bestimmt.

Die unter dem Rindviehbestande des August Wendel und der Philipp Schild V., Bäume von hier ausgebrochen. Maul- und Klauenseuche ist erloschen und die angeordneten Gehöftspitzen aufgehoben worden.

Wiesbaden, den 6. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Todes- + Anzeige.

Heute verschied nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Elise Stiehl,

geb. Pfeiffer,

im 79. Lebensjahre.

Wiesbaden, den 4. Januar 1920.

Die trauernd Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause, Neugasse 9 aus statt.

Radsportklub 1900 Wiesbaden Eingetrag. Verein.

Zu der am Mittwoch, den 7. d. Mts., abends 7 1/4 Uhr, im Vereinslokal zum Bären stattfindenden

Versammlung

werden sämtliche Mitglieder hiermit höflichst eingeladen. Um pünktliches Erscheinen, wegen wichtiger Tagesordnung bittet

Der Vorstand.

Junge Leute, die dem Klub aktiv beitreten wollen sind hierzu eingeladen.

Freie Turnerschaft Wiesbaden (Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).

Die Übungsstunden

beginnen jetzt wieder regelmäßig Dienstags und Donnerstags, abends 7—9 Uhr bei Gastwirt Biron.

Der Turnwart.

**Erstes
Klettenwurzel Haaröl**
fettet, kräftigt und wirkt die Haare. Flasche 2.50 M
empfiehlt
Drogerie Arthur Lehmann
Wiesbadenerstraße 4 Telefon 3267



Männer-Gesang-Verein Bierstadt (Gegründet 1883)

Von jetzt ab finden die Proben wieder regelmäßig jeden **Mittwoch Abend 8 Uhr**, in der neuen Schule an der Adlerstraße statt. Die nächste Probe ist somit **am Mittwoch, den 7. d. Mts., abends 8 Uhr**, wozu die Herren Sänger eingeladen werden, mit der Bitte, um pünktliches und vollständiges Erscheinen.
Bierstadt, den 5. Januar 1919.

Der Vorstand.



Turnverein Wiesbaden Eingetragener Verein.

Die regelmäßigen Turnstunden finden wieder Dienstags und Donnerstags abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal zum „Adler“ statt.
Erste Übungsstunde Donnerstag, 8. Jan.

Aktive Turner und Gymnasten werden hierzu mit der Bitte eingeladen recht zahlreich zu pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.



Schnupfen und Heiserkeit sind die Folgen der rauhen Jahreszeit.
Meine Menthol-Dragees-Salmiakpastillen
ferner Wiesbadener-Kohlbrunnen, Sodener, Emser-Pastillen, Kofol-tabletten etc. schützen Sie gegen alle vorerwähnten Erkrankungen.
In haben in der Drogerie **Lehmann, Wiesbaden**, Wiesbadenerstraße 4.

Geschäfts-Empfehlung.

Habe im Hause Blumenstraße 8 zu **Bierstadt** eine

bessere Herrenschnitzerei

eröffnet. Die werthe Einwohnerhaft von Bierstadt und Umgebung, bitte ich, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und versichere ich, die mich Beehrenden auf das Beste zufrieden zu stellen.

Wiesbaden, den 6. Januar 1920.

Paul Schäfer.

10 Mark Belohnung

demjenigen, welcher mir den Dieb meiner vier Monate alten Kasse, weiß mit einigen schwarzen Flecken, so angibt, daß ich denselben gerichtlich belangen kann.

Das ist nun schon die vierte Kasse, welche innerhalb ganz kurzer Zeit in der dortigen Gegend abhanden gekommen ist. Im vorherigen Falle ist sogar bestimmt nachgewiesen, daß ein halbwegsiger Bengel das Tier an sich gelockt hat und es in der Richtung Wiesbaden davongetragen hat. Außer den 4 Kassen ist auch noch vor kurzem ein wertvoller Jagdhund „abhanden“ gekommen.

W. Knopp.

Wiesbadener Höhe 22.

Ferkel u. Länferschweine
sind zu haben bei **Ludwig Vlaher, Wiesbaden**, Neugasse 3.

Ein **Länferschwein**
zu verkaufen. Hinterg. 23.

Achtung!

Zahle für Kaninchen bis 6 Mk., für Hasenfelle bis 9 Mk., für Regenfälle bis 100 Mk. sowie für alle andere Felle die höchsten Preise. Echtheiten gratis.

Simon Levy
Wilhelmstraße 27.

Tanz-Unterricht

Einzel u. in Kursen. ort. jed. Zeit (auch Sonntags)
W. Klapper u. Frau
Wiesbaden.
Kl. Schwalbacherstr. 10.
Eingang Mauritiusstr. neb. Kammerlichtspiele

Möbel An- und Verkauf.

Perser-, orientalische und andere Teppiche, Kalfas, Decken, alte Stoffe, Porzellane, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturen, Gold- u. Silbersachen, Brillant, Antiquität, Klaviere kauft zu hohen Preisen

E. Klapper,
Wiesbad., Friedrichstr. 55.

Hafen-
Kamin-
Ziegen-
Fuchs-
Reh-

Felle
Felle
Felle

kauft zum höchsten
Tagespreis
Horn. Schwalbacher
Str. 38, Hofl.
Wiesbaden.

Felle
Fellen, Füchse, Marder
und Zitis kauft
D. Brandis,
— Kürschner —
Wiesbaden,
Langgasse 39, 1. Etge.
Telephon 2024.

Achtung! **Achtung!**
Knoche, Pumpe, altes Eise,
Uniformen auch von Brei'e,
Kaffeekränz von wege Pleite,
Gerte, Sattelzeug zum Reite,
Alte Hufe, Alte Rapppe,
Alte Stiefel, Schuh und Schlappe,
Alte Uhren von wege Plak,
Kauft stets zu dem höchsten Satz,
Guterhaltene Ofenrohr,
Heinrich Wiegand, junior
Wiesbaden, Hochstättenstraße 8.

Der Posten schwerer amerikanischer
Gummi-Mäntel
passend für Arbeiter jeden Berufes ist eingetroffen.
Verkaufszeit:
9—12 Uhr vormittags, 3—6 Uhr nachmittags.
Paula Stern, Wiesbaden,
Wellritzstraße 35

Schreibmaschinenlager
H. Gänzburg, Mainz, Hindeburgstr. 19. Tel. 915.
Ankauf gebrauchter und neuer Maschinen.

Beleuchtungskörper
modern, große Auswahl, billigste Preise
Flack, Wiesbaden, 25 Luisenstraße 25
— gegenüber dem Realgymnasium. —

Schlaf-, Wohnzimmer, Küche, Kleider-, Spiegel-
schränke, Waschkommode in u. o. Marmor, Sofa-
Auszug- und Nachttische, Spiegel, Stühle, Bett-
Matratzen, Deckbetten, Kissen, Bett- u. Leib-
wäsche alles gut erhalten billig zu verkaufen.
Karl Graubner, Wiesbaden,
Adlerstraße 3, am Kaiser-Friedrichbad.
Möbellager, Schreinerei u. Polsterwerkstätte.

Gold in jeder Form und Menge
auch **kaufte**
Zähne
Uhren **Brillanten** für hohen Preis
u. Platin zu Fabrikations-
zwecken!
Bok Wiesbaden
Kirchgasse 70 **Silber**

Restposten
Emaill-
Milchkannen
in allen Größen von 1—7 Mk. pro Stück.
en bloc per Kg. 10.50.
Maison Racinet
Wiesbaden
Am Römertor 4. Telephon 2382.